

Bei Infineon fallen 380 Jobs weg



WIEN/VILLACH. Bei Infineon Österreich wird der Sparstift angesetzt: Im Zuge des von der deutschen Mutter im Mai angekündigten Sparprogramms

werden auch in Österreich Stellen reduziert. In den kommenden zwei Jahren sollen 380 der 6000 Arbeitsplätze wegfallen. Betriebsbedingte Kündigungen soll es nicht geben: In Abstimmung mit dem Betriebsrat soll es zu Altersteilzeit und Pensionierungen kommen. Infineon ist in Österreich mit einem Werk in Villach und auch in Linz vertreten.

„Dieser Schritt fällt mir und meinen Vorstandskollegen nicht leicht. Wir sind uns unserer sozialen Verantwortung bewusst, daher ist es wichtig, gemeinsam Lösungen zu finden“, sagte Vorstandsvorsitzende **Sabine Herlitschka**.

Der Infineon-Konzern hatte am Montag angekündigt, 1400 der 58.600 Stellen abzubauen. 1400 Jobs werden in Länder mit geringeren Lohnkosten verlagert.

MPreis plant Stellenabbau

VÖLS. Der Tiroler Lebensmittelhändler MPreis will einen größeren Stellenabbau vornehmen: Wie viele der 6000 Jobs betroffen sind, ist aber unklar. Die Gewerkschaft sprach in der „Tiroler Tageszeitung“ von 200 bis 300 Stellen. Diese Zahlen bestätigte das Unternehmen nicht.

Zuletzt hatte MPreis rote Zahlen geschrieben und sich einen Restrukturierungsprozess auferlegt. Dieser bringe „an manchen Stellen schmerzhaft Einschnitte“ mit sich, hieß es von MPreis. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sei man zu einem Stellenabbau gezwungen. Mit Sozialpartnern werde nun ein Detailplan ausgearbeitet.

In Oberösterreich gibt es fünf Filialen mit 54 Mitarbeitern. Zuletzt wurde, wie berichtet, der T&G-Großmarkt in Wels geschlossen. Weitere Schließungen sind laut MPreis nicht geplant.



Düngemittel für die Landwirtschaft werden auch von LAT Nitrogen/Agrofert in Linz hergestellt.

Foto: OÖN/Fotostudio Eder

Die Düngemittel-Firmen Europas schlagen Alarm

Russland verkauft aus Erdgas produzierten Dünger in die EU

BRÜSEL/LINZ. Eindringlicher kann ein Brief wohl kaum sein als der, den die Chefs der großen europäischen Düngemittelfirmen an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geschickt haben. Ihr Appell lautet, dass die EU Maßnahmen setzen müsse, um den Import von Pflanzendünger, der in Russland aus Erdgas hergestellt wurde, einzuschränken.

Russland umgehe mit den Düngemittel-Verkäufen in die EU die Sanktionen wegen des Ukraine-Kriegs, lukriere damit wichtige Einkünfte für die Finanzierung des Kriegs und bringe die europäische Landwirtschaft in eine strukturelle Abhängigkeit. Zwischen 2021 und 2023 hätten sich die Harnstoff-Importe – wichtige Basis für Pflanzendünger – aus Russland verdoppelt. Aktuell kämen 30 Prozent der EU-Harnstoff-Importe aus Russland. 2023 habe Russland sogar eine zehnpromtente Steuer auf Dünger-Exporte bzw. Übergewinne eingeführt, „um Mittel für die Kriegsmaschinerie zu generieren“, so die Vertreter der europäischen Düngemittelindustrie, die natürlich auch ihre eigenen Felle davonschwimmen sieht.



„Wir appellieren, alle verfügbaren Mittel zu ergreifen, um russische Importe von Düngemittel in die EU zu unterbinden.“

■ **Leo Alders**, Agrofert, Unterzeichner des Protestbriefs

Außerdem investierten die Russen stark in neue Düngemittel-Kapazitäten, „um sinkende Gas-Exporte mit Düngemittel-Exporten zu kompensieren“.

Aktuell gebe es noch ausreichende Düngemittel-Erzeugungskapazitäten in Europa. Doch ein Zurückfahren wird allgemein befürchtet. Jüngstes Beispiel: BASF, der weltgrößte Chemiekonzern mit Sitz in Deutschland. Umsatz und Gewinn im Halbjahr sanken, ein milliardenschweres Sparprogramm und erneuter Stellenabbau in noch nicht genannter Dimension im

Stammwerk Ludwigshafen wurden angekündigt. Auch das Zusperrn weiterer Anlagen wurde nicht ausgeschlossen.

Das österreichische Landwirtschaftsministerium verweist auf Anfrage auf die „untergeordnete Rolle“ Russlands beim Import von Düngemitteln für Österreich. Darüber hinaus sei Österreich in Summe Nettoexporteur von Düngemitteln, wobei der Standort Linz eine wichtige Rolle spiele. Hier würden etwa 600.000 Tonnen Kalkammonsalpeter im Jahr erzeugt, wobei in Österreich 250.000 Tonnen benötigt werden. Ziel sei es auf jeden Fall, russisches Erdgas, das auch hier noch in großem Stil für die Düngemittelproduktion benützt wird, durch heimisches Biogas und andere Erdgas-Quellen zu ersetzen.

Auch Leo Alders hat den Brief unterschrieben. Er leitet im Agrofert-Konzern die Düngemittelsparte und verantwortet somit auch die Produktion in Linz (früher Borealis Nitro). Er hat als kürzlich wiedergewählter Präsident der Düngemittelerzeuger Europas entsprechendes Gewicht. Eine Stellungnahme dazu war gestern nicht erhältlich. (uru)

Deutliches Minus bei Getreideernte

WIEN. Wie vor kurzem die Landwirtschaftskammern Oberösterreich bzw. Österreich hat gestern auch die Agrarmarkt Austria (AMA) eine durchwachsene Bilanz über das Erntejahr gezogen. Die Getreidemengen fallen in Österreich deutlich geringer aus: 2,85 Millionen Tonnen würden voraussichtlich geerntet, ein Rückgang von fast zehn Prozent, sagte Vorstandschef Günter Griesmayr. Bei der Gesamtproduktion inklusive Mais werde mit rund fünf Millionen Tonnen gerechnet, was ebenfalls unter dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre liege.

Ein Grund sei die schlechte Witterung: „Ein nasser Herbst erschwerte die Aussaat, im Frühjahr war es zu warm, Niederschlag fehlte“, sagte Verwaltungsratsvorsitzender Lorenz Mayr. So ging die Anbaufläche für Weichweizen um 9130 auf 238.294 Hektar zurück. Den größten Verlust aller Ackerkulturen verzeichnet der Körnermais mit einem Minus von 11.604 auf 199.738 Hektar. Grund ist laut Griesmayr der Rückgang bei den Preisen. Gewinnerin bei den Flächenverschiebungen ist die Zuckerrübe, was auch an den guten Zuckerpreisen liegt. Ein Plus gab es ebenso bei Ölkürbis und Kartoffel.

Preise niedrig, Kosten hoch

Griesmayr betonte, dass die Versorgung mit heimischem Brot und Backwaren gesichert bleibe. Die Situation für die Landwirte sei schwierig, weil die Erträge geringer, die Betriebsmittelkosten aber hoch seien. Ein Plus bei den Preisen erhoffen die AMA-Vertreter sich vom AMA-Gütesiegel für Brot und Backwaren, das im Herbst startet. 6600 Landwirte nehmen bisher teil. (prel)



Die Weizenanbaufläche ging heuer deutlich zurück. (APA/Fohringer)

Luxusmarkt unter Druck: Milliardär nimmt L'Occitane von Börse

Reinold Geiger, der fünftreichste Österreicher, machte den Kosmetikkonzern groß und übernimmt nun die alleinige Kontrolle

VON MARTIN ROITHNER

LUXEMBURG. Erste Meldungen gab es Anfang April, nun ist es fix: Der österreichische Milliardär Reinold Geiger nimmt den Kosmetikhersteller L'Occitane von der Börse und kontrolliert ihn damit vollständig. Mit dem heutigen Mittwoch beginnt der Konzern damit, den Handel mit Aktien bis zum Delisting – dem endgültigen Börsenrückzug – auszusetzen. Dieser soll in den nächsten Wochen folgen. L'Occitane war 14 Jahre lang an der Börse in Hongkong gelistet.

„Wir freuen uns über die starke Unterstützung durch unsere Aktionäre. Diese Transaktion wird unserer Gruppe die Flexibilität geben, um längerfristige Geschäftsentscheidungen zu treffen“, sagt Geiger. In den vergangenen Wochen versammelte der Unternehmer genügend Minderheitsaktionäre hin-

ter sich, um diesen Schritt zu setzen. Dabei handelt es sich größtenteils um institutionelle Investoren, Geiger hielt zuletzt 72 Prozent am Konzern. Das Geld für den Börsenrückzug soll vom US-Finanzinvestor Blackstone kommen, mit dem sich Geiger zusammenschließt. Im April bot der Mehrheitseigentümer 1,7 Milliarden Euro, um die restlichen 28 Prozent am Unternehmen zurückzubekommen.

Weg von Kosten und Pflichten

Der 77-jährige Unternehmer stammt aus Vorarlberg und gilt mit einem geschätzten Vermögen von rund drei Milliarden Euro als fünftreichster Österreicher. Vermögenden sind nur Red-Bull-Erbe Mark Mateschitz, Immobilienunternehmer Georg Stumpf, Novomatic-Chef Johann Graf und Reederei-Unternehmer Helmut Sothen. Durch den Rückzug von der Börse könne



Reinold Geigers Vermögen wird auf rund drei Milliarden Euro geschätzt.

Foto: Werk

L'Occitane frei vom Druck der Kapitalmärkte, von regulatorischen Kosten und Aktienkursschwankungen agieren, sagt Geiger. Auch die vier Mal pro Jahr verpflichtende Veröffentlichung von Quartalsberichten entfällt, ebenso wie die Kosten für die jährliche Hauptversammlung.

Bei L'Occitane gibt es aber noch einen anderen Grund für den Bör-

senrückzug: die Konkurrenz auf dem Luxusmarkt. „Der Wettbewerb in der globalen Hautpflege- und Kosmetikbranche verschärft sich durch den Eintritt neuer internationaler und lokaler Marken“, sagt Geiger. Die Corona-Nachwehen und die hohe Inflation haben dazu geführt, dass Konsumenten weniger hochwertige Waren kaufen. L'Occitane will sich nun laut ei-

genen Angaben auf die Modernisierung seiner Hauptmarken konzentrieren.

L'Occitane wurde 1976 vom Franzosen Olivier Baussan gegründet, der damit begann, ätherische Öle aus Pflanzen wie Lavendel in der Provence herzustellen und sie auf lokalen Märkten zu verkaufen. Geiger stieg 1994 ein, nachdem er eine auf Kosmetikverpackungen spezialisierte Firma gewinnbringend veräußert hatte, und verhalf L'Occitane zu Wachstum.

Im Jahr 2000 kam das Unternehmen mit Zentralen in Luxemburg und Genf und Produktion in der Provence nach Österreich. Es gibt acht eigene Standorte in Wien, Graz und Klagenfurt. Weltweit sind es 1300 eigene Geschäfte in 90 Ländern. 9000 Mitarbeiter setzten zuletzt 2,5 Milliarden Euro um und erzielten einen operativen Gewinn von 233 Millionen Euro.